

V0949/24

Öffentliche Distanzierung von Wilhelm Reissmüller – Konsequenzen aus den neuesten Erkenntnissen zu seiner NS-Belastung

-Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, UWG und der Stadtratsgruppen ödp und DIE LINKE vom 06.12.2024-

Antrag:

Wie der Journalist Thomas Schuler für einen Beitrag in der Reihe „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“, Band 17 (Hrsg. Dr. Wolfgang Proske) recherchieren konnte, ist die NS-Belastung Wilhelm Reissmüllers massiver als bisher bekannt: Seine Studienkarte und seine Promotionsakte (UAM, O-Npr 1936/1937 Reissmüller, Wilhelm) belegen Reissmüllers Eintritt beim NS-Studentenbund (NSDStB) im Mai 1933, im April desselben Jahres war er den Quellen zufolge bereits der Sturmabteilung (SA), im Oktober 1933 der Schutzstaffel (SS) beigetreten. Der renommierte Historiker Daniel Siemens, u.a. Autor des Standardwerkes „Sturmabteilung: Die Geschichte der SA“, kommentierte Reissmüllers selbst verfassten Lebenslauf und dessen frühen Beitritt zu NS-Organisationen mit: „Mehr Nazi geht nicht mit 22 Jahren.“ (Quelle: „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“, Band 17, Beitrag von Thomas Schuler, S. 287)

1935/36 war Reissmüller Gaupresseamtsleiter des NSDStB. 1937 wurde er Betriebsleiter und Verlagsleiter des „Donauboten“ – einer NS-Propagandazeitung, in welcher gleichermaßen wie im „Stürmer“ gegen Jüdinnen und Juden, so genannte „Erbkranke“, Sinti und Roma und alle weiteren im Nationalsozialismus verfolgten Gruppen auf menschenverachtende Weise gehetzt wurde. Eine redaktionelle Verantwortung beim „Donauboten“ leugnete Reissmüller nach 1945 vehement. Allerdings hatte er selbst 1936 gegenüber dem Promotionsausschuss angegeben, dort „redaktionell verantwortlich“ zu sein.

Bis zu seinem Ableben im Jahr 1993 gehörte Wilhelm Reissmüller zu den einflussreichsten Persönlichkeiten unserer Stadt. Dazu passte auch Reissmüllers Engagement im sozialen und kulturellen Bereich durch Spenden und Stiftungen. Seine NS-Vergangenheit hat er zeit-lebens nicht nur verschwiegen und geleugnet, er klagte sogar mehrfach gegen die Behauptung, er sei Mitglied der NSDAP gewesen, obwohl er selbst im Meldebogen seines Entnazifizierungsbogens angegeben hatte, ab 1937 Mitglied gewesen zu sein. Das Bundesverfassungsgericht beschloss schließlich 1987, die Beschwerde Reissmüllers nicht anzunehmen. Bereits 1985 hatte das Landgericht München geurteilt, dass er sich die Berichterstattung und somit den Vorwurf der Parteimitgliedschaft gefallen lassen müsse.

Die Recherchen von Thomas Schuler sorgten in den vergangenen Wochen für große Aufmerksamkeit. Der Donaukurier und die Süddeutsche Zeitung berichteten. Wie die Süddeutsche Zeitung zudem am 05.11.2024 bekannt gab, hat der Donaukurier bereits reagiert und das großformatige Porträt des ehemaligen langjährigen Herausgebers Wilhelm Reissmüller aus dem Flur der Redaktion in den Keller verbannt.

Sobald neue Erkenntnisse zu einer NS-Belastung von ehemals als Ehrenbürger ausgezeichneten Personen vorliegen, müssen zeitnah politische Konsequenzen erfolgen. Juristisch erlischt die Ehrenbürgerwürde mit dem Tod. Dennoch erscheinen die Namen von Ehrenbürgern einer Stadt auf Internetportalen oder in Publikationen. Dadurch gelten diese Persönlichkeiten in der

öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor als dieser Ehrung würdig. Zumindest, solange keine öffentliche Distanzierung durch den Stadtrat vorgenommen und dies an entsprechenden Stellen gekennzeichnet wurde. Die symbolische Aberkennung einer Ehrenbürgerwürde hat außerdem einen hohen ethischen Wert: Mit einer faktenbasierten Neubewertung der NS-Belastung eines ehemaligen Ehrenbürgers zeigt eine Stadt, dass sie das viel beschworene „Nie wieder!“ ernst nimmt.

Wie nichtstädtische betroffene Institutionen und Vereine in Ingolstadt mit der jetzt zweifelsfrei dokumentierten NS-Vergangenheit des Namensgebers etwa für Preise oder Teilbereiche ihrer Einrichtungen umgehen, liegt nicht unmittelbar in politischer Hand und ist nicht Aufgabe des Stadtrats. Dennoch begreifen wir die Umbenennung in diesen Bereichen als eine stadtgesellschaftliche Aufgabe, die von den politischen Gremien der Stadt Unterstützung erwarten kann.

Wir beantragen daher:

1. Die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde für Dr. Wilhelm Reissmüller.
2. Die Umbenennung der „Stiftung Dr. Reissmüller – Städtepartnerschaft Ingolstadt-Carrara“ bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Stiftungsarbeit und des Stiftungszwecks.
3. Die kulturellen und karitativen Vereine und Einrichtungen, die in irgendeiner Weise eine Verbindung zur Person Dr. Reissmüller haben, werden aktiv von der Stadt in stiftungsrechtlichen Fragen und bei einer notwendig werdenden Umbenennung begleitet und unterstützt.

Stadtrat	03.06.2025	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 03.06.2025

Der Antrag der Verwaltung V0185/25, der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0790/24 und der Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, UWG und der Stadtratsgruppen ödp und DIE LINKE V0949/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Seit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Dr. Reissmüller sei das Buch „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“ erschienen, teilt Stadtrat Meier mit. Daraus gehe eindeutig hervor, wie opportunistisch Herr Dr. Reissmüller vorgegangen sei, um seine Ziele zu erreichen. In ähnlicher Weise habe er sich in Ingolstadt als Gutmensch und Wohltäter dargestellt und die Menschen getäuscht und belogen. Recherchen zu seiner Person oder seiner Vergangenheit habe er erfolgreich unterbunden und eingeklagt. Als die Ehrenbürgerwürde verliehen worden sei, seien diese Dinge noch nicht bekannt gewesen. Zwar gebe es ein Gutachten, dass seitens der Stadt Ingolstadt beauftragt worden sei, jedoch liege der Schwerpunkt nicht auf Herrn Dr. Reissmüller. Stadtrat Meier appelliert, nicht weiter zu warten, sondern ihm die Ehrenbürgerwürde endlich abzuerkennen.

Stadträtin Leininger erläutert den Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, UWG und der Stadtratsgruppen ödp und DIE LINKE. Sobald neue Erkenntnisse über die NS-Belastung eines Ehrenbürgers vorliegen würden, müssten zeitnah politische Konsequenzen erfolgen. Herrn Dr. Reissmüller offiziell weiter in der Liste der Ehrenbürger zu führen, könne sich Ingolstadt nicht leisten. Die wissenschaftliche

Untersuchung im Institut für Zeitgeschichte, habe nicht die Person Dr. Wilhelm Reissmüller im Fokus, sondern Ingolstadt in der Zeit des Nationalsozialismus. Insofern greife das Argument, diese Untersuchung abzuwarten, nicht. Man habe nicht darüber zu befinden, ob Herr Dr. Reissmüller in späteren Jahren nicht doch auch viele gute Dinge getan habe. Er sei bis zu seinem Ableben eine zentrale Persönlichkeit für die Stadtgesellschaft und eine angesehene Person gewesen. So würden auch eine Stiftung und ein Gebäude der Lebenshilfe seinen Namen tragen. Eine optimale Lösung für das weitere Vorgehen der „Stiftung Dr. Reissmüller – Städtepartnerschaft Ingolstadt-Carrara“ habe man noch nicht, weshalb über die Ziffern 2 und 3 des Gemeinschaftsantrages heute nicht abschließend abgestimmt werden könne. Außerdem gebe es kulturelle und karitative Vereine und Einrichtungen, mit denen man nach einem entsprechenden Beschluss auch umgehen müsse. Deswegen beschränke man sich beim Gemeinschaftsantrag heute auf die Ziffer 1 und würde die Ziffern 2 und 3 als Auftrag an die Verwaltung übergeben.

Stadtrat Mißbeck geht auf das Leben von Dr. Wilhelm Reissmüller ein. Seine Rolle in der NS-Zeit heute zu verurteilen und an den Pranger zu stellen, sei berechtigt, aber letztlich auch fragwürdig, findet er. Schließlich sei er seit 30 Jahren verstorben. Nun werde er hier unter anderem durch die junge Generation, die ihn gar nicht kannte, posthum verurteilt. Des Weiteren geht er auf die verschiedenen Verdienste, insbesondere der Mitgestaltung der Lebenshilfe, Herrn Dr. Reissmüllers ein. Er bittet darum, die Untersuchung für das Institut für Zeitgeschichte abzuwarten und dann eine Entscheidung zu treffen.

Oberbürgermeister Dr. Kern fragt an seinen Vorredner gewandt, ob es sich dabei um einen Antrag zur Vertagung des Themas handle.

Stadtrat Mißbeck bestätigt die Frage seitens Oberbürgermeister Dr. Kern.

Stadträtin Krumwiede entgegnet Stadtrat Mißbeck, dass der Stadtrat kein Gerichtssaal sei. Es gehe nicht darum, über jemanden persönlich zu urteilen, wenn es um die Aberkennung von Ehrenbürgerwürden geht, sondern um die Rolle, die eine Person in der Zeit des Nationalsozialismus gespielt habe, stellt sie klar. Hinsichtlich der Demokratiebildung habe der Stadtrat eine Vorbildfunktion. Deswegen müsse man sich genau ansehen, ob eine Person wie Herr Dr. Wilhelm Reissmüller noch als Vorbild gelten könne.

Stadträtin Krumwiede geht auf Herrn Dr. Reissmüllers Aktivitäten und Mitgliedschaften in der NS-Zeit, der Nachkriegszeit und seinem weiteren Lebensverlauf ein. Herr Dr. Listl und Herr Dr. Reissmüller hätten sich bei ihren Entnazifizierungsverfahren gegenseitig entlastet. Er sei ein Lügenbaron gewesen, der Ingolstadt getäuscht habe. Mit seinem Einfluss, den er sich als Widerstandskämpfer deklarieren konnte, habe er sich mit dem Donaukurier ein Monopol aufgebaut. Niemand, der die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus gefördert und zudem seine Machtposition nach 1945 durch Lügen etabliert habe, dürfe mit der höchsten Ehrung, die eine Stadt zu vergeben habe, in Verbindung gebracht werden, betont Stadträtin Krumwiede. Sie plädiert für eine Aberkennung der Ehrenbürgerwürde.

Stadtrat Dr. Schuhmann teilt mit, dass er damals gegen die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Dr. Wilhelm Reissmüller gestimmt habe. Seinerzeit sei bereits ein wenig bekannt gewesen. Nun sei die Frage, ob man begangene Taten mit späteren, guten Taten aufwerten und das andere ungeschehen machen könne. Diese symbolische, längst überfällige Aberkennung könne man nicht, sondern müsse man zustimmen. Die Gesellschaft habe sich gewandelt und rücke immer weiter nach rechts. Die Aberkennung sei ein wichtiger Beitrag gegen diese Bewegung.

Wenn man sich weiterhin hinter der wissenschaftlichen Untersuchung verstecke, ignoriere man das, was bislang schon bekannt geworden und was zum Zeitpunkt der Verleihung der Ehrenbürgerwürde eben noch nicht bekannt gewesen war, betont Stadtrat Werner. Wenn man diese Dinge damals bereits gewusst hätte, hätte man davon ausgehen, dass Herr Dr. Reissmüller die Ehrenbürgerwürde nie verliehen bekommen hätte. Der Stadtrat

habe keine andere Wahl, als ihm diese Würde wieder abzuerkennen. Man könne keinem aktiven Nationalsozialisten, der nicht nur Mitläufer war, sondern an einer ganz wichtigen Stelle mitgewirkt habe, die Ehrenbürgerwürde belassen. Deshalb appelliert Stadtrat Werner dafür, den Beschluss zu fassen. Er kritisiert Stadtrat Mißbecks Wortbeitrag, weil mit den ständigen Hinweisen auf die guten Taten, das viele Böse nicht ungeschehen gemacht werden könne und diese Handlungen damit ignoriert werden würden. Das dürfe man sich nicht länger leisten.

Stadtrat Stachel habe es so wahrgenommen, als ob die kritische Betrachtung von Herrn Dr. Reissmüllers NS-Vergangenheit und die passenden Schlussfolgerungen dazu für alle Stadträte ein wichtiges Anliegen seien. Unter anderem deshalb habe man im Jahr 2022 auch die wissenschaftliche Untersuchung für Ingolstadt in der Zeit des Nationalsozialismus in Auftrag gegeben. Damals habe man diese als Grundlage für eine Entscheidung heranziehen wollen, um eine fundierte Basis für eine Aberkennung zu erhalten. In der Zwischenzeit habe man aber neue Erkenntnisse gewonnen, die es zu würdigen gelten und die Letzen Endes zu einer Entscheidung führen müssen. Die Generationen vorher hätten das Problem gehabt, dass zahlreiche Informationen gefehlt und viele persönliche Bekanntschaften und Verbindungen bestanden hätten, die das Ganze überlagerten. Jetzt könne man das Thema mit mehr Distanz und Sachlichkeit angehen. Vor diesem Hintergrund müsse man sich das Recht nehmen, die Sache in die Hand zu nehmen und die Ehrenbürgerwürde posthum abzuerkennen. Dabei falle man kein Urteil über die Person, sondern ziehe ein Merkmal, das die Stadt zu Ehren verleihen kann, zurück. Die FW-Stadtratsfraktion werde dafür stimmen.

Stadträtin Kürten schließt sich Stadtrat Dr. Schuhmann und Stadtrat Werner an. Sie kritisiert die äußerst positive Darstellung von Herrn Dr. Reissmüller seitens Stadtrat Mißbeck. Es sei nun die Zeit gekommen, die Geschichte aufzuarbeiten und das wolle man mit diesem Beschluss tun.

Die Entscheidung müsse heute getroffen werden, erklärt Stadtrat Lange. Er werde für die Aberkennung stimmen. Man dürfe nicht zurück schauen, sondern müsse den Blick in die Zukunft richten. Heute müsse man den jungen Menschen klar machen, was passieren könne, wenn weg geschaut werde und man Unrecht nicht Unrecht nenne. In diesem Fall gebe es keine Möglichkeit, die Taten reinzuwaschen, weswegen es der richtige Zeitpunkt und das richtige Signal sei, diesen Beschluss zur Aberkennung zu fassen und gemeinsam daran zu arbeiten, dass ein solches Unrecht auf deutschem Boden nie mehr passiere.

Als man die wissenschaftliche Untersuchung und auch die Vereinbarung getroffen hatte, die Entscheidung zur Aberkennung der Ehrenbürgerwürde von Herrn Dr. Reissmüller aufzuschieben, sei seine Lage noch nicht ganz klar gewesen, erinnert Herr Grandmontagne. Aus dem Universitätsarchiv aus München gingen nun durch die Studienkarten und die Promotionsakte eindeutig hervor, dass Herr Dr. Reissmüller Mitglieder der SA, der SS und auch der NSDAP gewesen sei. Diese Dinge seien in den Gerichtsprozessen der Vergangenheit noch nicht bekannt gewesen. Er habe unzweifelhaft die NS-Hochschulzeitung in München geleitet und eine aktive Rolle in der Gleichschaltung der NS-Presse inne gehabt. Natürlich habe er nach dem Krieg viele Wohltaten begangen. Das habe Stadtrat Mißbeck dargelegt. Es gehe hier um keine Gesamtwürdigung der Person und auch nicht darum, sich 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem moralischen Siegertreppchen über die Vergangenheit zu erheben, sondern die Frage sei nun, ob in diesem politischen Gremium – im Ingolstädter Stadtrat – die Personalie Dr. Wilhelm Reissmüller aus heutiger Sicht die Ehrenbürgerwürde verdiene oder nicht. Man müsse sich fragen, nach welchen Kriterien die Stadt Ingolstadt diese Auszeichnung verleihe. Völlig unstrittig sei, dass Herr Dr. Reissmüller nach dem Krieg seine eigene Rolle währenddessen geleugnet habe. Wer seine Vergangenheit öffentlich gemacht habe, habe seinen Zorn und Widerstand bis hin zu gerichtlichen Prozessen zu spüren bekommen. Er habe weder das Unrecht eingestanden, noch habe er einen aktiven Beitrag zur Aufarbeitung geleistet. Wenn man sich die Person Dr. Wilhelm Reissmüller jetzt wegdenke und an eine Person in Ingolstadt denke, die nach

dem Krieg eine solche Rolle gespielt habe, müsse man sich fragen, ob dieser die Auszeichnung verliehen werden würde. Darauf müsse die klare Antwort „nein“ lauten, betont Herr Grandmontagne. Man sei kein Gericht und auch kein historisches Aufarbeitungsgremium. Nichtsdestotrotz könne man feststellen, dass Herr Dr. Reissmüller gelogen und sich unredlich benommen habe. Allein aufgrund dieser zweifelhaften Taten sei er überhaupt nicht dafür geeignet, die Ehrenbürgerwürde zu behalten. Und gerade wegen dieser vielen Aspekte, empfiehlt Herr Grandmontagne, die wissenschaftliche Untersuchung nicht abzuwarten, sondern die Aberkennung jetzt zu beschließen. Die Auswirkungen der Dr. Reissmüller-Stiftung würden derzeit geprüft werden. Er und Herr Müller befänden sich bereits im Gespräch darüber. Es handle sich dabei um eine Verbrauchsstiftung, die vor allem an der italienischen Stadt Carrara hänge. Die Frage, was mit der Stiftung passiere, stelle sich unabhängig vom Namen, da sie nicht funktioniere und der Stiftungszweck nicht mehr erreicht werde. Diese Fragen werde man prüfen und dann dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist froh, dass die wissenschaftliche Untersuchung in dem jetzigen Kontext nicht in Frage gestellt werde. Man brauche die Studie, um das Thema aufzuarbeiten. Die Ergebnisse sollen nicht nur der Stadtgesellschaft, sondern jedem verständlich zugänglich gemacht, breit diskutiert und mit vielen Veranstaltungen begleitet werden. Die Menschen müsste man mitnehmen und ihnen genau aufzeigen, warum das damals so funktionierte, warum die Menschen zu der Zeit in Fallen getappt seien und unter welchen Rahmenbedingungen das alles möglich war. Man solle heute merken, dass man diese Zeit nie wieder möchte.

Stadtrat Mißbeck stellt klar, dass er sich nicht gegen das wehre, was passiert sei und man sich davor auch nicht verstecken solle. In der Diskussion sei einige Male die historische Aufarbeitung angesprochen worden. Diese habe man jedoch nicht, solange die wissenschaftliche Untersuchung nicht fertig sei. Die Zeit, auf die man noch auf das Gutachten warten müsse, seien im Vergleich zur Zeit, die seit dem Krieg vergangen sei, sehr wenig, nämlich nur zwei Jahre. Diese könnte man durchaus noch abwarten, um fundierte Kenntnisse zu erlangen.

Stadträtin Mayr stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Herr Grandmontagne erklärt, dass in dem Antrag der Verwaltung das Wort „sofortig“ durch das Wort „symbolisch“ ersetzt werden solle, weil mit dem Tod von Herrn Dr. Reissmüller die Ehrenbürgerwürde auch juristisch schon erloschen sei. Deswegen handle es sich dabei um einen symbolischen Antrag. Er schlägt vor die Ziffer 2 des Gemeinschaftsantrags wie folgt umzubenennen: „Der weitere Umgang mit der Stiftung Dr. Reissmüller Städtepartnerschaft Ingolstadt Carrara wird von der Stadtverwaltung fachlich, wie auch rechtlich geprüft und dem Stadtrat ein entsprechender Vorschlag vorgelegt.“

Stadträtin Leininger bestätigt, dass man mit dem Vorschlag seitens ihres Vorredners einverstanden sei.

Oberbürgermeister Dr. Kern fragt an Stadtrat Mißbeck gewandt, ob das Thema wie anfangs beantragt, vertagt werden solle.

Die Mehrheit habe gezeigt, dass man heute eine Entscheidung treffen wolle, weshalb er auf die Vertagung verzichte, so Stadtrat Mißbeck.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Stadträtin Mayr über das Ende der Debatte:

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung (V0185/25):

Gegen 1 Stimme:

Dr. Wilhelm Reissmüller wird posthum die Ehrenbürgerwürde der Stadt Ingolstadt mit sofortiger Wirkung aberkannt. Neue Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Recherchen und journalistischer Berichterstattung belegen eindeutig seine NS-Belastung.

Getrennte Abstimmung über den Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, UWG und der Stadtratsgruppen ödp und DIE LINKE (V0949/24):

Ziffer 1:

Die Ziffer 1 hat sich mit dem Beschluss über den Antrag der Verwaltung (V0185/25) erledigt.

Ziffer 2:

Mit allen Stimmen:

Der weitere Umgang mit der Stiftung Dr. Reissmüller Städtepartnerschaft Ingolstadt Carrara wird von der Stadtverwaltung fachlich, wie auch rechtlich geprüft und dem Stadtrat ein entsprechender Vorschlag vorgelegt.

Ziffer 3:

Mit allen Stimmen:

Die kulturellen und karitativen Vereine und Einrichtungen, die in irgendeiner Weise eine Verbindung zur Person Dr. Reissmüller haben, werden aktiv von der Stadt in stiftungsrechtlichen Fragen und bei einer notwendig werdenden Umbenennung begleitet und unterstützt.